



## BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Marburger Neue Zeitung vom 7.2.2006

### Leserbriefe

#### Debatte um geplantes Großbordell

### „Es wird ein Zeichen gesetzt“

In Marburg haben die Pläne privater Investoren, im Industriegebiet am Rande des Stadtteils Wehrda ein Großbordell einzurichten, eine heftig geführte öffentliche Auseinandersetzung entfacht. Die „Bürgerinitiative gegen das Großbordell“ und die bürgerliche Opposition im Stadtparlament haben schwere Vorwürfe gegen den Marburger Magistrat erhoben. Unser Redakteur Jochen Schönig kommentierte dies mit einem Standpunkt unter dem Titel „Falsche Moral prägt die Debatte“.

Die Überschrift des „Standpunktes“ disqualifiziert von vornherein sowohl den Magistrat als auch die Bürgerinitiative – und Jochen Schönig stellt demnach dann die richtige Moral (?) oder einfach den „Blick auf die Tatsachen“ in seinem Standpunkt dagegen. Das ist so einfach formuliert nicht hinnehmbar. Für mich ist es ganz sicher eine Wertfrage (und damit auch eine Frage der Moral), ob ich für die Würde aller Menschen eintrete und Menschenrechte in allen Bereichen der Gesellschaft eingehalten sehen möchte – oder ob ich zu Vorgängen aus gut gemeinter oder auch feiger Liberalität oder scheinbar nüchterner Anerkennung der Tatsachen heraus schweige. Die Argumentation Schönigs läuft darauf hinaus, diese Wertfrage für die Prostitution als erledigt zu erklären, weil sie nun einmal nicht zu verhindern sei; das ist für mich ein Totschlagargument. Wir lassen es für andere Gewaltformen gegen Menschen zu Recht nicht gelten. Bordelle gar als „relativ gut kontrolliertes Umfeld“ für Prostituierte zu beschreiben, entbehrt angesichts des zeitgleich verlaufenden Prozesses wegen Menschenhandels und Zwangsprostitution gegen die Betreiber eines Bordells in der Region nicht einer gewissen Realitätsleugnung. Für mich bleibt es aus meinem christlichen Glauben heraus eine Aufgabe, in der Gesellschaft den Wert und die Würde des einzelnen Menschen zu schützen und keinen Menschen auf Geschäft und Mittel zum Zweck zu reduzieren. In Marburg kein Großbordell haben zu wollen, bedeutet sicher nicht das Aus der Prostitution, aber es wird ein Zeichen gesetzt, dass unsere Stadt nicht mit dem „Gebrauch“ von Frauen einverstanden ist. Oberbürgermeister Vaupel und die Bürgerinitiative setzen es in meinen Augen auf je eigene Weise.

Ihr Leserbrief darf die Länge von 60 Zeilen zu 30 Anschlägen pro Zeile (1800 Zeichen) nicht überschreiten. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Ein Recht auf Veröffentlichung gibt es nicht. Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse mit Wohnort, Postleitzahl, Straße und Telefonnummer an und schicken Sie Ihren Leserbrief an:

Marburger Neue Zeitung  
Redaktion Marburg  
Schulstraße 18, 35037 Marburg  
Fax : (0 64 21) 1 56 95  
E-Mail: [redaktion.mnz@mittelhessen.de](mailto:redaktion.mnz@mittelhessen.de)

134-hp-16

MNZ Di. 07.02.2006